

Stimme der Sans-Papiers

Voz de los indocumentados / Voix des Sans-Papiers

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt.

kein
mensch
ist
illegal

Basel / sept. / 2008 / Ausgabe Nr.10.

Neue Kampagne für die Rechte illegalisierter Kinder

Kinder von MigrantInnen, die ohne Bewilligung in der Schweiz leben, haben es schwer. Sie haben nicht selber entscheiden, als Sans-Papiers in der Schweiz zu leben, müssen aber diese schwierige Situation miterdulden. Die Angst vor Entdeckung und Ausschaffung, soziale Isolation und ungewisse Perspektiven begleiten sie von klein auf.

Mit dem neuen Ausländergesetz wird es noch schwieriger: Der Familiennachzug wird für Eltern von Kindern über 12 Jahren massiv erschwert und Jugendliche ab 16 Jahren dürfen bis 12 Monate in Ausschaffungshaft genommen werden!

Aber es gibt auch positive Errungenschaften: Die Schweiz hat die Kinderrechtskonvention der UNO unterzeichnet und ratifiziert. Damit anerkennt sie z.B. das Recht auf Bildung für alle Kinder ohne Diskriminierung. Davon können Sans-Papiers-Kinder ganz direkt profitieren: sie dürfen die Grundschule besuchen. In manchen Kantonen dürfen Sans-Papiers-Kinder und Kinder von abgewiesenen Asylsuchenden auch Kinderkrippen, Kindergärten und weiterführende Schulen besuchen, in manchen Kantonen hingegen nicht. Unmöglich ist leider immer noch der Antritt von Lehrstellen.

„Zukunft Schwarzarbeit“ also für unzählige Jugendliche in der Schweiz? Nicht ohne Grund wählten wir diesen Titel für ein Sachbuch über jugendliche Sans-Papiers, welches im April 2007 erschienen ist. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Buches schrieben wir einen offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthart mit der Bitte, Lehrstellen für jugendliche Sans-Papiers zugänglich zu machen. Die abschlägige Antwort folgte wenig später. Wie weiter? Wir mussten feststellen, dass es gesamtschweizerisch kaum Aktivitäten für die Rechte der Sans-Papiers-Kinder gibt. Die Problematik wird aber in den urbanen Regionen der Schweiz in den nächsten Jahren an Brisanz gewinnen. Deshalb wurde im Mai 2008 auf Initiative der Basler Anlaufstelle der Verein für die Rechte illegalisierter Kinder gegründet. In der Trägerschaft organisiert sind bis heute die Anlaufstellen für Sans-Papiers von Basel, Bern und Zürich, das collectif de soutien aux sans-papiers de Genève, terre des hommes schweiz, VPOD Schweiz sowie die UNIA. Geplant ist eine 2-jährige Kam-



pagne zugunsten eines umfassenden Rechts auf Bildung (inkl. Lehrstellen), gegen die Inhaftierungen von Minderjährigen und für einfachere Regularisierungskriterien für Familien. Dank der Beiträge der Trägerorganisationen und der Eugen- und Elisabeth-Schellenberg-Stiftung konnte eine 50%-Stelle für eine Kampagnenkoordinatorin geschaffen werden. Das Bewerbungsverfahren wurde vor den Sommerferien durchgeführt, seit August 2008 arbeitet Lisa Weiller in Basel für die Kampagne.

Um eine gute Kampagne durchzuführen, sind wir darauf angewiesen, dass möglichst viele Organisationen aktiv an der

Kampagne teilnehmen. Und damit die Kampagne bei den Betroffenen auch spürbare Verbesserungen bewirken kann, ist es wichtig, dass sich Betroffene aus der ganzen Schweiz bei uns melden und von ihren Erfahrungen berichten. Sowohl negative als auch positive Erfahrungen mit Schulen, Ämtern, Polizei, Spital etc. interessieren uns.

Pierre-Alain Niklaus
Präsident Verein für die Rechte illegalisierter Kinder

„Heute gehst du nicht zur Schule!“

H. (16) lebt mit seinen Eltern und Geschwistern seit Mitte 2003 in der Schweiz. Bis im März dieses Jahres hat er die 8. Klasse besucht. Dann ist seine ganze Familie von der Fremdenpolizei verhaftet worden.

Ankunft in der Schweiz

Wir sind 2003 in die Schweiz gekommen. Ich war damals 11 Jahre alt. In meinem Herkunftsland war mein Vater Chef einer Firma. Er bekam Probleme, und es wurde schwierig, in unserem Land zu leben. In der ersten Zeit nach der Ankunft in der Schweiz habe ich mich schon nicht so gut gefühlt. Ich kannte niemanden hier, hatte keine Freunde. Aber das ist mittlerweile besser geworden, ich lebe eigentlich sehr gerne in der Schweiz.

Verhaftung

Als die Polizei vor der Tür stand, war ich schon ein bisschen geschockt. Und als Erstes ist mir durch den Kopf gegangen: Wenn wir nach draussen gehen, haue ich ab. Aber dann habe ich meine Eltern gefragt, und sie haben gesagt: „Nein, ist schon gut.“

Ich kann mich gut an jenen Tag erinnern: Es war Mittwoch, ich wollte gerade zur Schule gehen, es war morgens um 7 Uhr. Ich wollte nach draussen gehen, als meine Mutter für die Wäsche nach unten gegangen ist. Als sie zurückkam, kamen schon sieben oder acht Leute mit ihr. Dann wollte ich direkt raus gehen, aber sie haben mich zurückgehalten. Und sie haben gesagt: „Heute gehst du nicht zur Schule!“

Wir – meine ganze Familie – sind dann zu einem Polizeiposten gegangen. Dort haben sie meine Eltern einzeln befragt. Meine Schwester und ich haben ferngesehen, Kinderfilme. Und da war auch eine Kinderbetreuerin, die auf meine Schwester aufgepasst hat. Insgesamt sind wir ungefähr vier bis fünf Stunden dort geblieben. Die Polizisten haben uns gesagt, dass sie uns in unseren alten Kanton zurück bringen würden. Und dass sie nicht genau wüssten, was jener Kanton machen würde. Wir sind eigentlich gut behandelt worden, nicht wie Häftlinge: Sie haben uns normal behandelt.

Seit dem Tag der Verhaftung hat sich nicht viel geändert. Aber wenn ich die Polizei sehe, habe ich Angst. Aber ansonsten hat sich nicht so viel geändert.

Schule und Beruf

Ich bin seit meiner Ankunft in der Schweiz ganz normal zur Schule gegangen. Und habe eigentlich alles gemacht, was ein normales Kind macht. So treibe ich auch mit meinen Freunden Sport. Durch die Verhaftung habe ich ungefähr zwei Monate Schulunterricht verpasst. Ich gehe jetzt wieder in die Schule, es ist alles in Ordnung. Die zwei verpassten Monate habe ich in den Sommerferien nachgeholt. Meine unmittelbare Zukunft sieht so aus: Wenn ich die 9. Klasse beendet habe, muss ich einen Beruf finden, eine Lehrstelle. Darüber habe ich mir auch Gedanken gemacht: Wenn ich mit der Schule fertig bin, was soll ich dann tun? Denn ich habe ja keine Bewilligung; da ist es schwierig für mich,

derholt einfach, was wir schon gemacht haben. Und es wäre auch besser, um eine Lehrstelle zu finden. Deshalb muss in der Schule viel lernen, damit ich auch die Möglichkeit habe, diesen besseren Klassenzug zu besuchen.

Momentane Situation und Ausblick in die Zukunft

Nun, jetzt fühle ich mich schon viel besser: Ich gehe zur Schule, obwohl ich schwarz hier lebe. Es gibt auch Familien, die uns helfen. Es gibt auch eine Anlaufstelle für Sans-Papiers, die uns immer wieder hilft. Ich bin froh darüber, dass ich zur Schule gehen darf und meine Schwester in den Kindergarten. Eigentlich bin ich zufrieden. In meinem Leben am wichtigsten ist mir



einen Beruf zu finden. Ich weiss nicht, wie es weiter gehen soll, wenn ich die 9. Klasse beendet habe. Es wäre gut, wenn es bis 2009 eine Möglichkeit gäbe... Ich hoffe, es wird im neuen Jahr ein neues Gesetz geben, das besser für mich ist. Damit auch Kinder, die ohne Bewilligung hier wohnen, eine Lehrstelle finden können. Das wäre schön und besser für mich... Ich kann nicht viel machen, aber ich hoffe, es wird ein neues Gesetz geben. Darauf hoffen auch meine Eltern, denn sie machen sich grosse Sorgen um mich.

Es gibt auch noch die Möglichkeit, das 9. Schuljahr zu beenden und dann in die 10. Klasse zu gehen. Unser Lehrer hat gesagt, dass es für mich der bessere der beiden möglichen Klassenzüge sein müsste, falls ich in die 10. Klasse gehen würde. Denn die normale 10. Klasse wie-

das Lernen: Sprachen – ich habe schon zwei Sprachen gelernt: Deutsch und Französisch – und alles andere zu lernen, was für mein Leben wichtig ist.

Ich stelle mir vor, Karosserie-Spengler zu werden. Aber es gibt schon auch andere Träume, z.B. Fussballer zu werden. Aber wenn ich nicht Fussballer werden kann, will ich schon eine Berufslehre machen.

Meine Zukunft stelle ich mir schon hier in der Schweiz vor. Hier kann ich einen Beruf finden, die Leute sind nett... Eine Rück-schaffung in mein Herkunftsland würde den Verlust meiner Freunde bedeuten. Wenn ich zurück in meine Heimat müsste, würde das schon gehen. Aber es wäre schade, denn hier habe ich mir meine Zukunft vorgestellt.

Basler Unterstützung eines Heiratsverbots für Sans-Papiers? Die Interpellation vom 19.8.2008 im Wortlaut

Im Dezember 2005 wurde von Nationalrat Toni Brunner die parlamentarische Initiative „Scheinehen unterbinden“ (05.463) eingereicht. Die Initiative fordert, Art. 98 des Zivilgesetzbuches so zu ergänzen, dass Verlobte ohne Schweizerische Staatsbürgerschaft bei der Eröffnung des Ehevorbereitungsverfahrens im Besitz einer gültigen Aufenthaltserlaubnis oder eines gültigen Visums sein müssen. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK NR) hat eine Vorlage für eine entsprechende Ergänzung des ZGB erarbeitet und diese im Juni 2007 einem Vernehmlassungsverfahren unterziehen lassen.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen wurden laut Bericht der SPK von der Mehrheit der Kantone begrüsst. So sprachen sich lediglich fünf Kantone (BE, GE, NE, SH und VD) gegen die Vorlage aus. Auch der Kanton Basel-Stadt hat sich offenbar für diese Initiative ausgesprochen, die erheblich in die in der Bundesverfassung und der EMRK verankerte Rechtsgarantie auf Ehe und Familie eingreift.

Auch Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus oder ohne Aufenthaltsbewilligung haben das Recht eine Familie zu gründen. Dieses Recht wird ihnen durch den vorliegenden Gesetzesentwurf grundsätzlich abgesprochen. Dies wird auch von namhaften JuristInnen bestätigt, so äusserte sich Prof. Dr. iur. Thomas Geiser (FAA-HSG) in einem Referat („Scheinehe, Zwangsehe und Zwangsscheidung aus zivilrechtlicher Sicht“, März 2008) dahingehend, dass die Forderungen der erwähnten parlamentarische Initiative „mit dem Grundrecht der Ehefreiheit nicht vereinbar“ und deshalb verfassungswidrig seien.

Das SID hat bis anhin in manchen Fällen Eheschliessungen für Personen ohne Aufenthaltsbewilligung zugelassen, wenn die erforderlichen Unterlagen bereits vorhanden und ein fester Wille für eine Ehegemeinschaft vorhanden war. Diese Praxis wurde zwar sehr restriktiv gehandhabt, schloss aber eine Ehe für Menschen mit prekärem Aufenthalt nicht grundsätzlich aus. Es ist für mich und zahlreiche in diesem Bereich engagier-



te Personen und NGOs nicht nachvollziehbar, weshalb sich das von einer rot-grünen Mehrheit regierte Basel für diese Gesetzesänderung aussprach, die es Menschen ohne geregelten Aufenthalt verunmöglicht, eine Ehe zu schliessen. Aus diesem Grund bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was hat den Regierungsrat dazu bewogen, der parlamentarischen Initiative „Scheinehen unterbinden“ zuzustimmen?

2. Wie gedenkt die Regierung bei einer erfolgten Gesetzesänderung die Praxis zu gestalten, um die in der BV und der EMRK garantierten Rechte nicht zu verletzen?

3. Wie gedenkt die Regierung, den Familiennachzug zu erleich-

tern für Paare, die schliesslich ihre Ehe im Ausland eingehen müssen?

4. Wie gedenkt die Regierung, dem Recht der eventuell betroffenen Kinder, bei beiden Eltern teilen zu leben, nachzukommen?

5. Inwieweit wird dem Zivilstandesamt durch die in Art. 99 Abs. 4 des Gesetzesvorschlags enthaltene Benachrichtigungspflicht eine fremdenpolizeiliche Funktion übertragen?

6. Wie stellt sich die Regierung zur Meinung namhafter Zivilrechtler, die diese Gesetzesänderung als verfassungswidrig bezeichnen?

Umfrage für ArbeitgeberInnen von Haushaltshilfen ohne geregelten Aufenthalt

Beschäftigen Sie oder Bekannte von Ihnen eine Migrantin oder einen Migranten ohne Aufenthaltsbewilligung im Haushalt für's Putzen, Waschen, Bügeln oder Betreuen von Kindern oder Betagten? Dann beteiligen Sie sich bitte an unserer anonymen Befragung. Bitte füllen Sie beiliegenden Fragebogen aus und schicken Sie ihn uns per Post zu. Zusätzlich zum Fragebogen finden Sie einen Begleitbrief, der erklärt um was es geht. Merci!

David Rühle und Pierre-Alain Niklaus



Grüezi Basel

Seit August 2008 habe ich meinen Arbeitsplatz im Büro der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel. Ich wurde vom Verein „Für die Rechte illegalisierter Kinder“ eingestellt, um eine gesamtschweizerische Kampagne zu lancieren und zu koordinieren. Die Kampagne läuft zwei Jahre und hat das Ziel, auf die Situation Tausender Kinder, die ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz leben, aufmerksam zu machen und eine Verbesserung ihrer Situation anzustreben.

Ich freue mich sehr, diese Kampagne leiten zu dürfen. Persönlich ist es mir ein grosses Anliegen, für mehr Gerechtigkeit einzustehen. Dass Kinder in der Schweiz aufgrund eines fehlenden Papiers als Kriminelle behandelt werden, unter ständiger Angst leben, sozial isoliert sind, keine beruflichen Perspektiven haben und nicht einmal eine Lehre absolvieren dürfen, ist unmenschlich und ein Verstoß gegen die Kinder- und Menschenrechte.

Durch meine Lizentiatsarbeit zur Lebenssituation von Sans-Papiers-Kindern in der Schweiz habe ich Einblick erhalten in Lebenswelten solcher Kinder, die vielfältige Strategien entwickelt haben, um unter schwierigsten Umständen ihren Alltag zu meistern. Kinder, die in der Schweiz aufwachsen, zum Teil hier geboren sind. Kinder die sich – abgesehen von den Umständen, unter welchen zu leben sie gezwungen sind – in nichts unterscheiden von anderen Kindern. Geben wir ihnen eine Chance! Sie haben weder nationalstaatliche Grenzen gezogen, noch sich zu einem Leben diesseits oder jenseits solcher Grenzen entscheiden können.

Lisa Weiller
Kampagnenkoordinatorin des Vereins „Für die Rechte illegalisierter Kinder“.
lisa.weiller@sans-papiers.ch

DIE ZEITUNG DER ANLAUFSTELLE FÜR SANS-PAPIERS

EIN PROJEKT VON:

- Komitee Sans-Papiers Nordwestschweiz
- Solidaritätsnetz für Menschen ohne geregelten Aufenthalt Basel
- Demokratische JuristInnen (DJS)
- Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
- Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrés C.E.D.R.I.
- unterstützt durch: fondia, Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund
- VPOD Basel

Ort / Kontakt:

Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 4058
Basel
061 681 56 10
basel@sans-papiers.ch
www.sans-papiers.ch
Postkonto: 40-327601-1

Öffnungszeiten der Anlaufstelle:

Di 14.00-18.00 Uhr
und Do 16.00-20.00 Uhr
Mi 11-12Uhr telefonische Beratung